ANTRAG ZUM BUNDESFORUM 1997: PROGRAMMANTRAG

PRÄAMBEL

1. Ziel des NEUEN FORUM ist es, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger auf die politische Entwicklung Einfluß nehmen zu lassen, ihre Möglichkeiten zur Einwirkung auf politische Willensbildung zu erhöhen und ihnen die Übernahme politischer Verantwortung zu ermöglichen.

2. Demokratie zeichnet sich gegenüber anderen Formen von Entscheidungsfindung dadurch aus, daß sie der oder dem Einzelnen ein erweitertes Freiheitsspektrum und ein Höchstmaß an Mitwirkung auf die Entscheidungen ermöglicht. Sie ermöglicht Individualismus und setzt zugleich Individualismus für ihren Erhalt voraus. Nur durch stete Erweiterung des Freiheitsspektrums der Individuen kann der Bestand von Demokratie gesichert werden.

3. Der moderne gewaltengeteilte Staat ist demokratisch nur als Sozialstaat und Rechtsstaat zu rechtfertigen.
Als Rechtsstaat kommt ihm die Aufgabe zu, die Freiheit der und des Einzelnen auch gegenüber dem Staate durch Sicherung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ideologiefrei, d. h. ohne Verweis auf vermeintlich überindividuelle Werte, zu garantieren.
Als Sozialstaat hat er die strukturelle soziale Ungleichheit, welche die Ökonomik stets erzeugt, mittels Umverteilung zu vermindern und nicht zu verstärken, um die Freiheit der und des Einzelnen sozial zu sichern.
Die Einführung eines existenzsichernden arbeitsunabhängigen Grundeinkommens (neugative Steuer) für jede Bürgerin und jeden Bürger aus den Steuereinnahmen des Staates ermöglicht die Abschaffung der Sozialhilfe, erspart den Betroffenen umständliche Antragstellungen, dem Sozialstaat den enormen Verwaltungsaufwand bisheriger Regelungen.

4. Demokratie ist nur dann glaubwürdig, wenn die oder der Einzelne zu erfahren vermag, daß eigene Einflußnahme sich auf gesellschaftliche Entscheidungsprozesse auswirken kann.
Die repräsentative Demokratie muß deshalb in ein Gleichgewicht zur direkten Demokratie gebracht werden.
Die real existierende Letztentscheidungsgewalt des nach Parteienproporz besetzten Bundesverfassungsgerichtes muß durch Volksentscheide auf Bundesebene abgelöst werden. Verfassungsänderungen - bisher durch Zweidrittelmehrheit im Bundestag erreichbar - sollten mindestens der nachfolgenden Bestätigung bzw. Nichtbestätigung durch Volksabstimmungen bedürfen, bestenfalls nur durch solche Abstimmungen durchsetzbar sein.

5. Nur die Freiheit der Einzelnen sichert den Erhalt der Demokratie.
Wir erkennen in der zunehmenden Aushöhlung des Rechtsstaates wie der Demokratie und der schrittweisen Zersetzung des Sozialstaates einen Angriff auf die individuelle Freiheit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger.
Werden die sozialen und politischen Bedingungen zur Erübung und Ausübung individueller Freiheit und Befreiung untergraben, so wird die Grundlage der Demokratie überhaupt angegriffen.
Zunehmende soziale Ungerechtigkeit und politische Entrechtung der Einzelnen entzieht dem Staat seine demokratische Legitimation und provoziert zur Verteidigung der Demokratie die Wahrnehmung des Widerstandsrechtes durch Bürgerinnen und Bürger.
Die Schrumpfung der Parlamente, die Prozenthürden bei Wahlen, Einschränkungen des Demonstrationsrechtes, Parteienverbote oder gar der von Schäuble (CDU) geforderte Einsatz der Bundeswehr im Innern sind schlicht undemokratisch.

6. Ein demokratischer Staat bedarf keines Geheimdienstes gegen die in ihm lebenden Bürger. Abschaffung der Geheimdienste ist überfällig, denn sie verkörpern nur die Angst der Regierenden vor den Regierten, sind mithin ein vordemokratisches Rudiment.
Eine Verfassung lebt von der Zustimmung der Menschen und muß nicht vor ihnen geheim geschützt werden (die Existenz eines "Verfassungsschutzes" macht die Verfassung selbst zweifelhaft).

Der Wähler kann in einer Demokratie erwarten, daß die Entscheidungsträger nicht so weit gegen seine Interessen entscheiden, daß sie sich angstvoll Geheimdienste halten müssen.

I. Wirtschaft und Soziales

1. Die Fiktion, es sei unter Beibehaltung bisheriger Arbeitszeiten Vollbeschäftigung irgendwann wieder möglich, muß aufgegeben werden. Einerseits ist sie unrealistisch, andererseits kein erstrebenswertes Ziel.
Die quantitative Verringerung von Arbeit ist auch Folge steigender Produktivität, also kein Übel. Allein die Verteilung von Arbeit stellt ein Problem dar, weil mit steigender Arbeitslosigkeit die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften nachhaltig geschwächt wird.
Wenn die einen arbeitslos sind, während sich andere zu Überstunden genötigt sehen, so wird überdeutlich, daß auch dieses Problem letztlich nur eines der Verteilungsgerechtigkeit ist, der Verteilung von Arbeitszeit und Freizeit.
Ein gesetzliches Überstundenverbot ist überfällig, Arbeitszeitverkürzungen sind es ebenfalls.

2. Das NEUE FORUM ist gegen jede Form der Entwertung von Arbeit.
Die Entwertung von Arbeit durch Reallohnsenkungen, Billigarbeitsplätze und Zwangsarbeit von Sozialhilfeberechtigten stimuliert weitere Steigerungen der Produktivität gerade nicht.
Entwertete und somit billige Arbeit verringert notwendig die Innovationsbereitschaft der Wirtschaft. Die Wiederaufwertung von Arbeit durch Verteuerung zwingt Unternehmen zu Rationalisierungen, die wiederum die Verkürzung der Arbeitszeit zur Folge haben können.

3. Kürzungen gerade von Sozial- und Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld wirken sich nachteilig auf die Wirtschaft aus. Wer Kürzungen in diesem Bereich vornimmt, versucht mit politischen Mitteln auch die Löhne zu senken und damit die Binnennachfrage an Massenprodukten.

4. Die öffentliche Diskussion der Gegenwart wird durch Einfallsreichtum der Regierenden bei der Erfindung unsozialer Maßnahmen dominiert.
Wie einst die DDR vorgab, alle Beschneidungen der Freiheit nur zu deren Vervollkommnung vorzunehmen, so dienen heute angeblich alle unsozialen Reformen nur der Sicherung des Sozialsystems.
Die Ideologie vom >finanziellen Sachzwang< soll den Regierten die Einsicht verstellen, daß sich das Programm der CDU/ CSU/ FDP - Regierung erschöpfend mit den Worten >freiheitsfeindlich< und >unsozial< zusammenfassen ließe.
Die finanziellen Sachzwänge werden erst inszeniert, um hernach als Begründung dienen zu können.
Wer regiert, bestimmt die Themen, besetzt die Begriffe.
In jahrzehntelangen Auseinandersetzungen erreichte Standards solange infragestellen bis viele glauben, sie seien schicksalhaft ernstlich unhaltbar geworden.
In einem Land mit hoher Produktivität, ist die Entstehung von Armut nicht mit Schicksalhaftigkeit - zumeist >Sachzwang< geheißen - unabwendbar.
An Geld fehlt es nicht, wenn Banken jährlich milliardenhohe Reingewinne ausweisen, wenn z. B. BASF für zwei Milliarden DM den britischen Pharma-Konzern Boots kaufte und die Hoechst AG für sieben Milliarden den US-Konzern Marion Merill Dow, wenn Holtzbrinck Mehrheitsgesellschafter bei der Verlagsgruppe Macmillan wurde etc. etc.
Demgegenüber liegt inzwischen der Lohn in Deutschland im Durchschnitt sogar 20% unter dem japanischen (bezogen auf die Landeswährung).

5. Gerade die Altersrente hat in der Geschichte eine wichtige Bedeutung für die Herausbildung von Demokratie und Individualismus, denn sie befreite den Einzelnen endgültig aus dem Angewiesensein auf eine Familie.
Ein Rentensystem, welches eine auf Arbeitsleistung bezogene Rente nach dem Versicherungsmodell verteilt, ist angesichts der Arbeitslosenzahlen ein Anachronismus, doch selbst dieser wird von der Regierung infrage gestellt.

Wie eine Finanznot durch die Regierung inszeniert wird, läßt sich hier besonders gut erkennen: Erst werden Mittel für versicherungsfremde Leistungen aus der Rentenversicherung entwendet, um danach die Notwendigkeit der Beitragserhöhung vorweisen zu können.

6. Die Verpflichtung von Sozialhilfeempfängern zu "gemeinnützigen" Zwangsarbeiten unter Androhung von Streichung ihrer ohnehin geringen Bezüge ist ein anhaltender Skandal, der angemessen nur mit Sabotage dieser Zwangsarbeit zu beantworten ist.

7. Die Privatisierung des öffentlichen Dienstes ist zu verhindern.

8. Die soziale Sippenhaft entwürdigt das Individuum. Jegliche Inzahlungnahme von Verwandten ist umgehend aufzuheben. Derzeitig müssen z. B. Eltern für Kinder aufkommen, die sonst sozialhilfeberechtigt wären. Ein existenzsicherndes Grundeinkommen für jede und jenen beendet die soziale Sippenhaft.

9. Allein durch die Trennung von Staat und Kirche könnten jährlich über 11 Milliarden DM wirklich eingespart werden und für den Sozialstaat Verwendung finden.
Der staatliche Abzug der Kirchensteuer vom Geld der Nichtmitglieder bei Arbeitslosigkeit gehört zu jenen Tatsachen, die kaum zu glauben sind. Diese Praxis ist sofort aufzuheben und die Betroffenen sind umgehend zu entschädigen.

II. EMANZIPATION, GLEICHSTELLUNG ALLER EINZELNEN UND SEXUALPOLITIK

1. Die Elementarstufe aller Unterdrückung ist die Sexualunterdrückung. Des NEUE FORUM tritt für sexuelle Selbstbestimmung aller Einzelnen ein, insofern die sexuellen Praktiken auf freiwilliger Gegenseitigkeit der Beteiligten beruhen.
Die für einen Schwangerschaftsabbruch vorgeschriebene tendenziöse Zwangsberatung ist ebenso abzuschaffen wie die Wehrpflicht.
Verhütungsmittel sollten kostenfrei ausgegeben werden.

2. Der soziale Wohnungsbau ist in stärkerem Maße zu fördern, damit auch Jugendliche zeitig einen eigenen bezahlbaren Wohnraum erhalten können, damit Hausbesetzungen zur Erlangung einer Privatsphäre unnötig werden.

3. Solange noch die Institution der Ehe bestehen wird, ist diese auch gleichgeschlechtlichen Partnern zu ermöglichen und Prostituierte sind als Gewerbetreibende anzuerkennen.
Gewerberaummöglichkeiten für Prostituierte führen zur Verhinderung der Zuhälterei. Sperrbereiche sind abzuschaffen.
Die seit dem 18. Jh. bestehende Forderung, Prostituierte in den öffentlichen Dienst zu übernehmen, sollte wieder diskutiert werden.

4. Sowohl Steuerprivilegien wie Bezugsdiskriminierungen von Ehepartnern sind abzuschaffen. Es ist nicht zu begründen, warum Verheiratete gegenüber Ledigen steuerlich bevorteilt werden, sofern sie Arbeitsplätze haben und sozial benachteiligt werden, sofern sie arbeitslos bzw. sozialhilfeberechtigt sind.

5. Religionsunterricht ist nicht Staatsaufgabe, er kann in Kirchen für interessierte erteilt werden.
Die bisher dafür ausgegebenen staatlichen Mittel sollten zum Erhalt aller in öffentlicher Hand befindlichen Jugendclubs eingesetzt werden.

6. Sexuelle Freiheit ist Prävention gegen Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus. Ohne Sexualunterdrückung würde politisch-ökonomische Unterdrückung keine Neurosen hervorrufen, sondern selbstbewußte Gegenwehr.

III. RECHT

1. Gegenüber der stalinistischen Diktatur hob sich die westdeutsche Demokratie stets durch die Rechte des Einzelnen und von unterschiedlichen Interessengruppen freiheitlich ab.
Das Fehlen der bürgerlichen Freiheitsrechte war Oppositionellen in der DDR ein Kriterium für ihre Kritik an der DDR-Diktatur.
Diese Rechte werden heute eingeschränkt und zerstört.

2. Meinungsfreiheit setzt uneingeschränkte Informationsfreiheit voraus. Mit vorgeblich moralischen Gründen wurde in der Geschichte gerade beim Aufkommen neuer Medien seitens der Herrschenden oft versucht, Zensurmaßnahmen eine Akzeptanz zu verschaffen, so heute angesichts des Internet. Das NEUE FORUM lehnt jegliche Zensur der Öffentlichkeit entschieden ab.

3. Der Inbegriff westlicher Meinungsfreiheit "speekers corner" in London wird heute video-überwacht und in Leipzig fand das erste Modellprojekt der Video-Überwachung von Straßen und Plätzen statt.
Die Abschaffung des Asylrechts für politisch Verfolgte, der geplante Große Lauschangriff, die Rolle der GSG 9 beim Tode Grahms, das Lob des Bundesinnenministers für das Sächsische Polizeigesetz, die Verabschiedung der Maastricher Verträge ohne Volksentscheid, Zwangsarbeitsverpflichtung bei Sozialhilfeempfang - all dies, um nur einiges zu nennen, macht Demokratie unglaubwürdig.
Der Abbau von Bürgerrechten markiert einen tiefen Einschnitt in die Geschichte der Bundesrepublik und ist bezeichnend für das politische Klima.
Nur demokratische Rechtssicherheit garantiert inneren Frieden. Nur solange der Einzelne seine Rechte besitzt und kennt, die Gesellschaft in der bestehenden Form mit demokratisch Mitteln zu verändern, sieht er in der Beseitigung ihrer Struktur keine Alternative.

4 Strafrechtsreform
In den letzten Jahren ist eine zunehmende Tendenz seitens des Gesetzgebers zu symbolischer Gesetzgebung festzustellen. Jüngste Beispiele sind das sogenannte Geldwäschegesetz von 1992 (bisher eine einzige Verurteilung), das Korruptionsbekämpfungsgesetz oder auch das Betäubungsmittelstrafrecht. Ziel solcher Gesetzgebung ist das Vortäuschen politischer Handlungsfähigkeit. Ein juristisches Erfordernis für eine Rechtsnorm ist die sogenannte "Geeignetheit", d. h. ein Gesetz muß geeignet sein, das darin formulierte Ziel zu erreichen. Wie man z. B. im Falle des Betäubungsmittelgesetzes sehen kann, ist das Ziel der drogenfreien Gesellschaft deutlich verfehlt worden. Produkte symbolischer Gesetzgebung lassen oftmals die Geeignetheit vermissen. Ein weiteres Problem dieser Gesetze ist, daß sie zunehmend Bürgerrechte aushöhlen (z. B. großer Lauschangriff zur Korruptionsbekämpfung). Ob solche Gesetze tatsächlich über eine kurzfristige symbolische (nicht tatsächliche!) Wirkung hinaus den Rechtsfrieden sichern bzw. dem Bedürfnis nach Sicherheit Rechnung tragen, sei dahingestellt.
Diese Überlegungen münden in der Forderung, das Strafrecht von solch symbolischem Unfug zu entrümpeln. Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, daß es durchaus auch sinnvolle Symbolik im Strafrecht gibt. Wer wollte den Sinn der Symbolik des Mordparagraphen bestreiten?

5. Modernisierung des Strafrechts
Das Strafrecht enthält Strafrahmen, die nicht mehr dem heutigen Stand des Wissens entsprechen. So sind Haftstrafen von über 10 Jahren jeglicher Resozialisierung höchst abträglich (vom Zustand des gegenwärtigen Strafvollzuges ganz zu schweigen). Hier wäre eine Senkung der Höchststrafen notwendig.
Weithin halten wir eine Abschaffung von Mindeststrafen für diskussionswürdig, um den Gerichten mehr Flexibilität in der dem jeweiligen Fall angemessenen Entscheidung einzuräumen.

6. Drogenpolitik
Die gegenwärtig vorherrschende Drogenpolitik und die Drogenhilfe machen sich eine in ihrer Wirkung fatale Prämisse zu eigen. Drogenkonsumenten werden als defizitäre Wesen angesehen, die nicht in der Lage sind, selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten.
Dieses in Abredestellen einer eigenständigen Lebensgestaltung führt zu einer Sichtweise, die letztlich nichts anderes bedeutet als, daß Drogenkonsumenten unmündige Menschen seien. Diese Sichtweise verletzt nicht nur Menschen- und Bürgerrechte der Konsumenten - sie ist zutiefst undemokratisch.
a) harte Drogen (Heroin, Kokain)
In der Drogenhilfe haben sich seit den späten 80er Jahren allmählich wieder alternative Angebote etablieren können (Stichwort: Ersatzstoffbehandlung mit Polamidon/ Methadon), nachdem in den 70er Jahren solche Angebote systematisch "plattgemacht" wurden. Diese suchtakzeptierende Sichtweise der Drogenhilfe gilt es politisch zu unterstützen.
b) weiche Drogen (Cannabis, Fliegenpilz)
Auch wenn drogenpolitische Hardliner wie der bayrische Innenminister Beckstein es immer noch nicht wahrhaben wollen: Es gibt zur Zeit illegale Drogen, deren Suchtpotential weit unter dem von Alkohol liegt.
Der in kirchlichen Zeremoniellen ungestraft verwendete Weihrauch enthält zwischen 11 und 14% Haschisch, jedoch erklärten 1993 Vertreter der beiden großen Kirchen, sie wollten an dieser Praxis festhalten. Ärzte sprachen angesichts des jährlich mehrere Tonnen umfassenden Weihrauchkonsums von einem "zentnerweisen Drogendeal", während Jugendliche, die im Besitz von wenigen Gramm Haschisch angetroffen würden, mit Gefängnis rechnen müßten (Augsburger Allgemeine 22. und 30. 10. 1993).
Die Kriminalisierung der Konsumenten weicher Drogen ist nicht nur volkswirtschaftlich schädlich und juristisch zweifelhaft, sondern schafft auch einen gemeinsamen illegalen Drogenmarkt, auf dem auch Drogen mit hohem Suchtpotential angeboten werden.
c) Forderungen:
Entkriminalisierung der Drogenkonsumenten!
Anpassen der Drogenpolitik an die unterschiedlichen Suchtpotentiale der verschiedenen Substanzen, d. h. zu jeder Droge sollte es eine eigene drogenpolitische Strategie entsprechend ihrem Gefährdungspotential geben.
Die verschiedenen stoffbezogenen Strategien sollten letztlich in die Legalisierung aller illegalen Drogen führen. Dabei ist allerdings das Suchtpotential als entscheidendes Kriterium bei der Entscheidung heranzuziehen, in wie weit die Freigabe kontrolliert bzw. unkontrolliert erfolgen soll. Anleihen können hier beim Arzneimittelrecht (LSD als Medikament), beim Jugendschutzrecht (Alkohol) und beim Lebensmittelrecht (z. B. Reinheitsgebot) genommen werden.

7. Die endgültige Trennung von Staat und Kirche ist in einer pluralistischen Demokratie selbstverständlich - bisher jedoch nicht in Deutschland.
Zur Säkularisierung des Rechts ist nicht nur der Paragraph 218 abzuschaffen, sondern auch der berüchtigte Gotteslästerungsparagraph schon aus Gründen der Meinungsfreiheit.

IV. AUSSENPOLITIK

1. Das NEUE FORUM befürwortet das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes.
Ob Tibet, Kurdistan, Tschetschenien, Palästina, Taiwan - jegliches Verlangen eines Volkes nach nationaler Selbstbestimmung im Sinne eigener demokratischer Entscheidungsfindung ist ein Beitrag zur Dezentralisierung von Machtstrukturen und zur Verminderung von Fremdbestimmung.

2. In Ermangelung eines glaubwürdigen und ernstzunehmenden Feindes ist die Bundeswehr aufzulösen, bevor sie wieder einen findet.

3. Derzeitig ist die Bundesrepublik zum bedeutendsten Waffenexporteur Europas geworden. Ein Waffenexportverbot sollte dem ein Ende setzen.

4. Die Einmischung der Bundesrepublik in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, die ausschließlich die Menschenrechtssituation anbetrifft, haben wir schon zu Zeiten der DDR befürwortet. Dabei bleiben wir.

V. UMGANG MIT AUSLÄNDERN

1. Die Grundgesetzänderung zur Einschränkung des Asylrechtes ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte und umgehend rückgängig zu machen. Die CDU führte die Kampagne für diese Grundgesetzänderung mit der Aufforderung an alle Mandatsträger, sie mögen Asylrecht "zum Thema" machen. Getreu der Strategie >Teile und herrsche!<, begann unmittelbar danach die Hetze gegen Sozialmißbrauch, zur Kürzung der Sozialhilfe und für das Lohnabstandsgebot der Sozialhilfe etc.

2. Die Bundesrepublik braucht ein Einwanderungsgesetz, wie es in vielen anderen Demokratien selbstverständlich ist.

3. Doppelte Staatsbürgerschaften für ehemalige Ausländer sind zu ermöglichen. Die Bundesrepublik ist der einzige europäische Staat, der diese Möglichkeit bisher verwehrt.

4. Die Gleichbehandlung von Deutschen und Ausländern in Deutschland ist wieder herzustellen. Die gegenüber Deutschen auf 80% verringerte Sozialhilfezahlung an die wenigen noch vorhandenen Asylantragsteller ist Ausdruck des Ausländerhasses der Regierenden, verletzt die Gleichstellung und ist deshalb rückgängig zu machen.

VI. UMWELT

1. Das NEUE FORUM setzt sich für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlage ein und versteht ökologische Politik als notwendige Bedingung gesellschaftlicher Freiheit.
Ökologisch überzeugende Veränderungen bestehender Konsumgewohnheiten sind nicht durch unsoziale oder repressive Maßnahmen gegen die Mehrheit zu erzwingen, sondern allein durch Verlockungen zu erreichen.
Ökologisch motivierte Verbote und Einschränkungen der Handlungsfreiheit sind ausschließlich im Bereich der Produktion notwendig.

2. Die Fahrpreise öffentlicher Verkehrsmittel sind mittels staatlicher Subventionen schrittweise bis zum Nulltarif zu senken, um den Individualverkehr und die damit verbundenen ökologischen Schäden zu verringern.
Zu diesem Zwecke sind bisher vorgenommene Privatisierungen öffentlicher Verkehrsmittel notwendig rückgängig zu machen, denn Dauersubventionen privater Unternehmen mit Steuergeldern sind unverantwortbar.
Die Kosten für Straßenbau wären dabei in dem Maße zu verringern wie der Benutzungsbedarf abnähme.

3. Das NEUE FORUM spricht sich gegen die Züchtung von Kampfhunden aus. Tieren, die nur dazu abgerichtet worden sind, andere anzufallen, sollten die Zähne entfernt werden.

Begründung:
In diesen Thesen sind alle eingegangenen Beiträge eingearbeitet worden.
Die Thesen haben Vorschlagscharakter für die Diskussion zum Beschluß eines Programmes und sind stets änderungs- und erweiterungsfähig, z. B. fehlt die Bildungspolitik noch gänzlich und nicht in jedem Punkt erweist sich die Gliederung als sinnvoll.
Änderungs- und Erweiterungsanträge sind willkommen und werden erwartet.
Bisher gibt es als Quasi-Programm nur dürftige Thesen zum Grundkonsens. Das kann sich ändern, wenn der Wille zum Beschluß stark genug und die Vorstellungen über gemeinsame politische Optionen deutlich genug geworden sind.
Die Verabschiedung eines Programmes hat unabhängig von der Zukunft des NEUEN FORUM klärenden Charakter.